

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Dr. André Hahn, Gökyak Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke
– Drucksache 20/14949 –**

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für die Jahre 2023 und 2024 – Schwerpunktfragen zu Widerrufsverfahren

Vorbemerkung der Fragesteller

Etwa 850 000 Asyl-Widerrufsprüfungen sind in den letzten Jahren vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eingeleitet worden: Gab es im Jahr 2016 noch vergleichsweise wenige solcher Verfahren (3 170), waren es 2017 bereits über 77 000 (vgl. Bundestagsdrucksache 19/1217). In den Jahren 2018 und 2019 kam es zu jeweils etwa 200 000 Überprüfungen, fast 188 000 waren es 2020 (vgl. Bundestagsdrucksache 19/31389). Seitdem sinkt die Zahl der Widerrufsprüfungen von gut 117 000 im Jahr 2021 (vgl. Bundestagsdrucksache 20/940) auf etwa 51 500 im Jahr 2022 (vgl. Bundestagsdrucksache 20/5850). Die Widerrufsquote lag im Jahr 2022 bei 8,1 Prozent (2021: 3,9 Prozent), nur bei 2 Prozent der Überprüfungen erfolgte eine Rücknahme des gewährten Schutzstatus, d. h., dass das BAMF in diesen Fällen der Auffassung war, dass ein Schutzstatus zu Unrecht erteilt wurde, etwa aufgrund falscher Angaben. In den übrigen Fällen erfolgten Widerrufe, die vor allem mit einer geänderten Lage im Herkunftsland begründet wurden, d. h., dass der Schutzstatus trotz des Widerrufs ursprünglich zu Recht erteilt worden war.

Infolge einer Rechtsänderung von Ende 2018 (vgl. Bundestagsdrucksache 19/4456) kam es im Rahmen von Widerrufsprüfungen zu mehr als 100 000 mündlichen Befragungen anerkannt Schutzberechtigter, deren Schutzstatus zu 99 Prozent bestätigt wurde. Bei den zuvor im rein schriftlichen Verfahren anerkannten (meist syrischen) Flüchtlingen lag diese Quote im Jahr 2020 sogar bei 99,4 Prozent (vgl. Antwort zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 19/31389). Die Annahme, bei den sog. Fragebogenverfahren der Jahre 2015 und 2016 könnte es viele Täuschungen oder Fehlentscheidungen des BAMF gegeben haben (vgl. die Begründung auf Bundestagsdrucksache 19/4456), findet vor diesem Hintergrund nach Ansicht der Fragestellenden keine Bestätigung.

Die Zahl der im BAMF mit Widerrufsprüfungen befassten Beschäftigten ist infolge der Ausweitung der Widerrufsprüfungen zeitweilig stark angestiegen, von 268 Mitte 2018 (vgl. Bundestagsdrucksache 19/3839) auf 797 Ende 2019 (vgl. Bundestagsdrucksache 19/16329). Anfang 2022 waren 202 und zu Beginn des Jahres 2023 noch 112 Beschäftigte im BAMF mit Widerrufsverfahren befasst. Die im europäischen Vergleich isolierte deutsche Praxis, Wider-

rufsprüfungen ohne konkreten Anlass drei Jahre nach der Anerkennung vorzunehmen, wurde zum Jahreswechsel 2022/2023 durch eine Gesetzesänderung beendet (vgl. Bundestagsdrucksache 20/4327). Dies führt nach Einschätzung der Fragestellenden zu einer weiter zurückgehenden Zahl von Widerrufsverfahren bei gleichzeitiger Erhöhung der Widerrufsquote, weil nur solche Anerkennungen überprüft werden, bei denen ein konkreter Anlass für eine mögliche Änderung vorliegt (etwa bei einer grundsätzlich geänderten Lageeinschätzung zum Herkunftsland).

Überdurchschnittlich viele Widerrufe eines Schutzstatus gab es zuletzt bei irakischen, auch vielen jesidischen Flüchtlingen aus dem Irak, die häufig Überlebende des Genozids durch den IS im Jahr 2014 sind. Insgesamt wurde von 2015 bis 2022 der Schutzstatus von 1 475 jesidischen Flüchtlingen aus dem Irak widerrufen (vgl. Antwort zu Frage 8 auf Bundestagsdrucksache 20/5850). Diese Praxis steht nach Auffassung der Fragestellenden im Widerspruch zu einem einstimmig gefassten Beschluss des Deutschen Bundestages (vgl. Plenarprotokoll 20/79, S. 9428 ff. und den Antrag auf Bundestagsdrucksache 20/5228, Nummer III.19), mit dem die Bundesregierung angesichts einer „hoch volatilen Sicherheitslage“ für jesidische Flüchtlinge aufgefordert worden war, „Êzîdinnen und Êzîden weiterhin unter Berücksichtigung ihrer nach wie vor andauernden Verfolgung und Diskriminierung im Rahmen des Asylverfahrens Schutz zu gewähren [...]“. Das BAMF geht seit Anfang 2018 davon aus, dass eine Verfolgung durch den IS in der Region „Kurdistan-Irak“ ausgeschlossen werden könne, deshalb komme ein Widerruf des Schutzstatus in Betracht. Allerdings lägen „für jesidische Religionszugehörige aus dem Irak [...] unabhängig von der Herkunftsregion und damit unabhängig vom Vorliegen einer Sachlagenänderung“ die Voraussetzungen des § 73 Absatz 3 des Asylgesetzes (AsylG) „grundsätzlich“ vor, d. h., dass in diesen Fällen kein Widerruf erfolgen soll, denn: „Dieser Personengruppe ist es – ungeachtet veränderter Verhältnisse – nicht zumutbar, in den früheren Verfolgerstaat zurückzukehren. Die Unzumutbarkeit der Rückkehr ist mit dem vom sog. Islamischen Staat (IS) verübten Völkermord an den Jesiden begründet“ (ebd., Antwort zu Frage 8a). Wie es dennoch zu so vielen Widerrufen bei jesidischen Flüchtlingen aus dem Irak kommen konnte, bleibt für die Fragestellenden unklar (vgl. hierzu die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 7b bis 7h auf Bundestagsdrucksache 20/8592). Auf Nachfrage räumte das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) ein, dass es sich bei einem in der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/5850 (Frage 11) thematisierten Einzelfall um eine „fehlerhafte Entscheidung“ des BAMF gehandelt haben müsse (vgl. Nachbeantwortung vom 20. März 2023 an die Abgeordnete Clara Bünger durch den Parlamentarischen Staatssekretär Mahmut Özdemir).

Infolge der nach dem Ende des Assad-Regimes gewandelten Verhältnisse in Syrien ist mit zahlreichen Widerrufsprüfungen in Bezug auf syrische Schutzberechtigte zu rechnen. Allerdings setzt ein Widerruf des einmal gewährten Schutzstatus eine erhebliche bzw. wesentliche und nicht nur vorübergehende Veränderung der Umstände, die zur Schutzgewährung führten, voraus (vgl. § 73 des Asylgesetzes). Zudem gibt es besondere Schutzklauseln z. B. für traumatisierte Opfer von Verfolgung (vgl. Artikel 1C Nummer 5 der Genfer Flüchtlingskonvention, § 73 Absatz 3 AsylG). Der Widerruf eines Schutzstatus bedeutet nicht automatisch die Beendigung des Aufenthalts, wenn Aufenthaltsgründe nach dem Aufenthaltsgesetz aufgrund anderer Gesetzesnormen bestehen, etwa aufgrund einer Erwerbstätigkeit.

1. Wie viele Widerrufs- bzw. Rücknahmeverfahren wurden im Jahr 2023 bzw. im Jahr 2024 eingeleitet (bitte jeweils Gesamtzahlen angeben und nach den verschiedenen Formen der Anerkennung und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele Entscheidungen in Widerrufsverfahren mit welchem Ergebnis gab es in diesen Zeiträumen (bitte Gesamtzahlen angeben und nach den verschiedenen Formen der Anerkennung, den 15 wichtigsten Herkunftsländern und jeweils – auch bei den Folgefragen – nach Widerruf bzw. Rücknahme differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

nach Schutzstatus	angelegte Widerrufsprüfverfahren Jahr 2023
Asylberechtigung/Flüchtlingsschutz	7.664
Subsidiärer Schutz	3.773
Abschiebungsverbot § 60 Absatz 5 AufenthG	3.239
Abschiebungsverbot § 60 Absatz 7 AufenthG	705
Internationaler Schutz im EU – Mitgliedstaat	4
Anerkennung als Flüchtling in sonstigem Drittstaat (nicht EU)	2
unbekannt	37
Gesamt	15.424

Jahr 2023	Eingeleitete Widerrufs- bzw. Rücknahme- prüfverfahren	Entscheidun- gen insgesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlingsseigen- schaft		Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/ Rücknahme Abschiebungsver- bot		Kein Widerruf/ Keine Rücknahme
			Gesamt	davon Rück- nahmen	Gesamt	davon Rücknah- men	Gesamt	davon Rücknah- men	Gesamt	davon Rücknah- men	
Herkunftsländer gesamt	15.424	20.207	82	6	1.045	167	614	112	299	43	18.167
darunter											
Syrien	5.237	8.607	5	-	405	30	267	21	27	-	7.903
Afghanistan	2.908	2.635	1	-	56	3	27	3	50	3	2.501
Irak	2.668	2.334	7	1	180	12	140	6	31	-	1.976
Iran	620	1.078	7	-	61	2	5	-	1	-	1.004
Eritrea	515	806	3	1	48	4	28	1	3	1	724
Türkei	431	890	15	-	47	18	14	10	7	2	807
Somalia	364	591	-	-	25	4	21	1	24	1	521
Ungeklärt	357	733	1	-	44	19	36	17	4	3	648
Pakistan	304	510	1	-	6	1	-	-	7	2	496
Russische Föderation	264	235	-	-	29	3	10	6	15	2	181
Nigeria	193	183	-	-	6	2	1	-	12	4	164
Äthiopien	150	96	-	-	4	1	2	2	11	1	79
Staatenlos	130	209	1	-	7	4	5	2	1	-	195
Aserbaidschan	96	80	2	-	3	-	-	-	9	3	66
Armenien	81	97	1	-	41	25	14	11	6	-	35

nach Schutzstatus	angelegte Widerrufsprüfver- fahren Jahr 2024
Asylberechtigung/Flüchtlingsschutz	7.206
Subsidiärer Schutz	4.500
Abschiebungsverbot § 60 Absatz 5 AufenthG	4.578
Abschiebungsverbot § 60 Absatz 7 AufenthG	1.246
Internationaler Schutz im EU – Mitgliedstaat	11
Anerkennung als Flüchtling in sonstigem Drittstaat (nicht EU)	1
unbekannt	36
Gesamt	17.578

Jahr 2024	Eingeleitete Widerrufs- bzw. Rücknahm- prüfverfahren	Entscheidun- gen insge- samt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlingeigen- schaft		Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/ Rücknahme Abschiebungsver- bot		Kein Widerruf/ Keine Rücknahme
			Gesamt	davon Rück- nahmen	Gesamt	davon Rücknah- men	Gesamt	davon Rücknah- men	Gesamt	davon Rücknah- men	
Herkunftsländer gesamt	17.578	52.613	53	2	1.071	145	730	165	375	54	50.384
darunter											
Syrien, Arabi- sche Republik	5.847	22.020	3	1	388	23	261	13	22	-	21.346
Afghanistan	3.681	6.702	4	-	65	7	42	2	57	5	6.534
Irak	2.881	6.210	1	-	183	16	157	19	30	3	5.839
Iran, Islamische Republik	615	2.039	10	-	67	1	6	1	4	-	1.952
Eritrea	510	2.714	4	-	59	1	24	1	9	-	2.618
Somalia	455	1.650	-	-	22	1	18	-	16	2	1.594
Ungeklärt	453	2.087	1	-	45	11	36	16	3	1	2.002
Türkei	421	3.947	10	-	46	21	36	34	5	1	3.850
Russische Föderation	303	649	1	-	26	3	19	8	33	8	570
Nigeria	240	522	1	-	13	1	1	-	26	3	481
Armenien	187	132	-	-	29	9	30	23	10	4	63
Äthiopien	160	226	-	-	5	2	8	4	25	1	188
Pakistan	157	660	-	-	8	3	2	-	11	2	639
Staatenlos	103	576	-	-	11	-	6	2	1	-	558
Aserbaidschan	101	132	-	-	9	5	1	-	14	7	108

2. Welche Gerichtsentscheidungen in Widerrufs- bzw. Rücknahmeverfahren gab es im Jahr 2023 bzw. im Jahr 2024 (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und dem Schutzstatus differenziert darstellen)?

In der Gerichtsstatistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wird nicht nach Widerrufs- bzw. Rücknahmeverfahren unterschieden. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Zeitraum 2023	Gerichtsentscheidungen insgesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlingseigenschaft	Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz	Kein Widerruf/ keine Rücknahme	Formelle Verfahrenserledigungen
Herkunftsländer gesamt	1.665	12	367	301	183	802
darunter						
Irak	369	4	122	64	26	153
Syrien	276	2	76	39	21	138
Afghanistan	187	–	12	18	44	113
Armenien	87	–	22	9	1	55
Ungeklärt	82	–	28	11	12	31
Russische Föderation	75	–	11	21	14	29
Türkei	58	4	19	5	7	23
Nigeria	53	–	–	23	8	22
Somalia	44	–	5	11	5	23
Iran	43	2	2	1	4	34
Eritrea	36	–	10	2	4	20
Libanon	34	–	17	4	3	10
Indien	30	–	–	3	7	20
Serbien	23	–	2	12	2	7
Äthiopien	23	–	4	7	1	11

Zeitraum: 2024	Gerichtsentscheidungen insgesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlingseigenschaft	Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz	Kein Widerruf/ keine Rücknahme	Formelle Verfahrenserledigungen
Herkunftsländer gesamt	1.573	29	316	390	163	675
darunter						
Irak	482	5	135	139	26	177
Syrien	216	2	40	42	20	112
Afghanistan	85	1	5	13	16	50
Armenien	78	5	20	21	1	31
Russische Föderation	70	–	8	38	9	15
Türkei	68	7	19	13	3	26
Eritrea	66	–	11	7	16	32
Iran	65	2	24	2	7	30
Ungeklärt	52	–	15	3	8	26
Nigeria	44	–	3	7	10	24
Äthiopien	43	–	9	22	4	8
Libanon	35	–	1	7	6	21
Kosovo	34	4	1	19	2	8
Indien	25	–	2	1	2	20
Somalia	24	–	4	6	8	6

3. Wie viele Widerrufs- bzw. Rücknahmeverfahren wurden anlassbezogen bzw. aufgrund konkreter sicherheitsrelevanter Hinweise anderer Behörden im Jahr 2023 bzw. im Jahr 2024 eingeleitet, und in wie vielen dieser Fälle kam es zu einer Rücknahme bzw. zu einem Widerruf (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren und wie in der Antwort zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 20/5850 darstellen)?

Die Angaben zu anlassbezogenen Widerrufs- bzw. Rücknahmeverfahren können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden (Hinweis: ab 2023 erfolgen keine Regelüberprüfungen mehr, Altfälle werden aber weiterhin abgearbeitet).

Zeitraum: 2023	Eingeleitete Widerrufs- bzw. Rücknahmeprüfverfahren	Entscheidungen insgesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlingseigenschaft		Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/ Rücknahme Abschiebungsverbot		Kein Widerruf/ keine Rücknahme
			Gesamt	davon Rücknahmen	Gesamt	davon Rücknahmen	Gesamt	davon Rücknahmen	Gesamt	davon Rücknahmen	
Herkunftsländer gesamt	15.418	13.412	77	4	840	141	611	112	295	42	11.589
darunter											
Syrien	5.237	5.660	5	–	310	25	267	21	26	–	5.052
Afghanistan	2.908	2.033	1	–	42	1	27	3	49	3	1.914
Irak	2.662	1.687	6	1	162	10	138	6	31	–	1.350
Iran	620	522	7	–	52	2	5	–	1	–	457
Eritrea	515	572	2	–	36	2	28	1	3	1	503
Türkei	431	379	15	–	40	16	14	10	7	2	303
Somalia	364	340	–	–	17	2	20	1	24	1	279
Ungeklärt	357	423	–	–	30	14	36	17	4	3	353
Pakistan	304	373	1	–	5	1	–	–	7	2	360
Russische Föderation	264	182	–	–	26	3	10	6	15	2	131
Nigeria	193	126	–	–	3	1	1	–	12	4	110
Äthiopien	150	65	–	–	3	1	2	2	11	1	49
Staatenlos	130	103	1	–	4	1	5	2	1	–	92
Aserbaidschan	96	66	2	–	3	–	–	–	9	3	52
Armenien	81	89	1	–	36	25	14	11	6	–	32

Zeitraum: 2024	Eingeleitete Widerrufs- bzw. Rücknahmeprüf- verfahren	Entscheidungen insgesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlingsei- genschaft		Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsverbot		Kein Widerruf/ keine Rück- nahme
			Ge- samt	davon Rück- nah- men	Ge- samt	davon Rück- nah- men	Ge- samt	davon Rück- nah- men	Ge- samt	davon Rück- nah- men	
Herkunftslän- der gesamt	17.573	20.528	48	1	847	117	720	165	367	54	18.546
darunter											
Syrien	5.845	8.255	2	–	306	14	256	13	19	–	7.672
Afghanistan	3.681	4.044	4	–	49	6	40	2	53	5	3.898
Irak	2.880	2.707	1	–	160	16	154	19	30	3	2.362
Iran	615	601	9	–	51	1	6	1	4	–	531
Eritrea	510	834	3	–	40	–	24	1	9	–	758
Somalia	455	689	–	–	11	1	18	–	16	2	644
Ungeklärt	453	662	1	–	32	4	36	16	3	1	590
Türkei	421	560	10	–	40	21	36	34	5	1	469
Russische Fö- deration	303	239	1	–	24	3	19	8	32	8	163
Nigeria	240	219	1	–	11	1	1	–	26	3	180
Armenien	187	116	–	–	23	7	30	23	10	4	53
Äthiopien	160	116	–	–	5	2	8	4	25	1	78
Pakistan	156	172	–	–	7	3	2	–	11	2	152
Staatenlos	102	176	–	–	6	–	6	2	1	–	163
Aserbaidschan	101	72	–	–	9	5	1	–	14	7	48

4. Wie viele persönliche Gespräche im Rahmen von Widerrufs- bzw. Rücknahmeprüfungen gab es im Jahr 2023 bzw. im Jahr 2024?

Das BAMF hat im Jahr 2023 532 persönliche Gespräche und im Jahr 2024 306 persönliche Gespräche im Rahmen von Widerrufs- bzw. Rücknahmeprüfungen geführt.

- a) Welche Ergebnisse hatten die Prüfverfahren nach solchen Befragungen (bitte nach dem Schutzstatus, nach Widerruf bzw. Rücknahme bzw. kein Widerruf bzw. keine Rücknahme und nach den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten differenziert angeben)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden (Hinweis: Auswertungen zum Schutzstatus sind hier nicht möglich).

Zeitraum: 2023	Eingeleitete Wider- rufs- bzw. Rücknah- me-prüf- verfahren	Entschei- dungen insgesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlingsei- genschaft		Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsverbot		Kein Wi- derruf/ keine Rück- nahme
			Ge- sam- t	davon Rück- nahme	Ge- sam- t	davon Rück- nah- men	Ge- sam- t	davon Rück- nahme	Ge- sam- t	davon Rück- nahme	
Herkunftslän- der gesamt	169	699	1	–	56	23	14	8	3	1	625
darunter											
Syrien	98	427	–	–	19	1	–	–	2	–	406
Irak	16	77	–	–	5	2	7	1	–	–	65
Ungeklärt	10	44	–	–	12	10	2	2	–	–	30
Afghanistan	7	31	–	–	–	–	–	–	1	1	30
Eritrea	11	27	–	–	2	1	–	–	–	–	25
Iran	10	18	–	–	1	–	–	–	–	–	17
Türkei	–	14	–	–	6	4	1	1	–	–	7
Somalia	–	10	–	–	1	–	–	–	–	–	9
Nigeria	–	6	–	–	–	–	–	–	–	–	6
Armenien	–	6	–	–	4	3	1	1	–	–	1
Russische Fö- deration	–	5	–	–	2	1	–	–	–	–	3
Staatenlos	1	4	–	–	–	–	–	–	–	–	4
Jordanien	1	3	–	–	3	–	–	–	–	–	–
Libanon	2	2	–	–	1	1	1	1	–	–	–
Pakistan	2	2	–	–	–	–	–	–	–	–	2

Zeitraum: 2024	Eingeleitete Wider- rufs- bzw. Rücknah- me-prüf- verfahren	Entschei- dungen insgesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlingsei- genschaft		Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsverbot		Kein Wi- derruf/ keine Rück- nahme
			Ge- sam- t	davon Rück- nahme	Ge- sam- t	davon Rück- nahme	Ge- sam- t	davon Rück- nahme	Ge- sam- t	davon Rück- nahme	
Herkunftslän- der gesamt	45	576	–	–	47	16	21	14	7	3	501
darunter											
Syrien	32	326	–	–	21	1	2	–	1	–	302
Irak	4	65	–	–	4	2	2	1	2	–	57
Afghanistan	1	34	–	–	1	–	–	–	–	–	33
Ungeklärt	2	32	–	–	9	5	3	2	–	–	20
Eritrea	–	28	–	–	–	–	–	–	–	–	28
Iran	–	21	–	–	–	–	2	–	–	–	19
Somalia	–	8	–	–	–	–	–	–	–	–	8
Nigeria	1	7	–	–	–	–	–	–	–	–	7
Türkei	–	7	–	–	3	3	3	3	–	–	1
Libanon	2	6	–	–	1	–	2	2	–	–	3
Armenien	–	6	–	–	2	1	4	4	–	–	–
Russische Fö- deration	–	5	–	–	1	–	1	1	1	1	2

Zeitraum: 2024	Eingeleitete Widerrufs- bzw. Rücknahme- prüf- verfahren	Entscheidungen insgesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlingsei- genschaft		Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsverbot		Kein Wi- derruf/ keine Rück- nahme
			Ge- sam- t	davon Rück- nahme	Ge- sam- t	davon Rück- nahme	Ge- sam- t	davon Rück- nahme	Ge- sam- t	davon Rück- nahme	
Staatenlos	–	5	–	–	–	–	–	–	–	–	5
Pakistan	1	3	–	–	–	–	–	–	–	–	3
Kamerun	–	3	–	–	–	–	–	–	–	–	3

- b) In wie vielen Fällen angeordneter Befragungen wurden im Jahr 2023 bzw. im Jahr 2024 Zwangsgelder festgesetzt oder andere Zwangsmaßnahmen oder Sanktionen ergriffen, und inwieweit fanden diese Befragungen daraufhin statt oder waren gegebenenfalls Gegenstand eines gerichtlichen Streitverfahrens (und welche Rechtsprechung liegt hierzu gegebenenfalls vor)?

Im Jahr 2023 wurden in zehn Fällen angeordneter Befragungen Zwangsgelder festgesetzt. Andere Zwangsmaßnahmen oder Sanktionen wurden nicht ergriffen. Befragungen fanden daraufhin in zwei Fällen statt. In sämtlichen zehn Fällen fanden keine Klageverfahren statt. Im Jahr 2024 wurde in einem Fall mit angeordneter Befragung ein Zwangsgeld festgesetzt. Andere Zwangsmaßnahmen oder Sanktionen wurden nicht ergriffen. Es fand in diesem Fall im Anschluss weder eine Befragung statt noch kam es zu einem Klageverfahren.

5. Für welche Herkunftsländer wurde im BAMF seit der Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 20/8592 festgestellt, dass sich die dortige Lage nachhaltig und dauerhaft verbessert hat und deshalb in entsprechenden Fällen eine individuelle Widerrufsprüfung vorzunehmen ist (bitte nach Ländern und Datum auflisten), und wie lautet die jeweilige inhaltliche Begründung für diese Bewertung?

Es wurden keine weiteren Herkunftsländer im Sinne der Fragestellung festgestellt.

6. Wie viel Personal ist aktuell im BAMF an welcher Stelle mit der Aufgabe von Widerrufs- und Rücknahmeprüfungen, der Asylprüfung, von Dublin-Verfahren, der Qualitätssicherung und Prozessvertretung befasst, und wie sind die diesbezüglichen Planungen für die Zukunft (bitte so differenziert wie möglich darstellen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personal-Einsatz ausgewählter Bereiche in VZÄ				
	eD/mD	gD	hD	Summe
Asyl (ohne Widerruf)*	1195,1	1489,3	62,2	2746,6
Widerrufsprüfung*	49,3	63,9	4,1	117,3
Prozess gesamt	146,3	213,7	36,5	396,5
dezentral*	135,5	205,4	20,9	361,7
zentral (61D & 61E)**	10,8	8,4	15,6	34,8
Qualitätssicherung (QS) gesamt	35,8	97,4	11,3	144,5
dezentral*	27,5	72,6	4,9	105,0

Personal-Einsatz ausgewählter Bereiche in VZÄ				
	eD/mD	gD	hD	Summe
zentral (62A, 62B, 62C)**	8,3	24,8	6,4	39,5
Dublin gesamt	186,3	196,3	13,0	395,6
dezentral (Dublinzentren 32D, 32E, 32F, o. B.)**	85,5	120,7	5,8	211,9
Dublinreferate (32A, 32B, 32C)**	100,8	75,7	7,2	183,7

*gemäß Personal-Ist Abfrage KW06 (3. Februar bis 7. Februar 2025)

**gemäß ZSD Stand: 1. Februar 2025

Personal-Einsatz durch Leiharbeitnehmende in VZÄ*	
	Summe
Asyl (ohne Widerruf)**	276,0
Widerrufsprüfung**	4,0
Prozess**	6,2
QS**	0,0
Dublin**	24,0

*Die Leiharbeitnehmenden sind in der darüberliegenden Tabelle „Personal-Einsatz ausgewählte Bereiche 2“ nicht inbegriffen, da es sich bei diesen nicht um originäre Mitarbeitende des BAMF handelt.

**gemäß Personal-Ist Abfrage KW06 (3. Februar bis 7. Februar 2025)

Vakante Stellen in VZÄ (Stand: 1. Februar 2025)			
	mD	gD	hD
Prozess zentral (61D, 61E)	0,0	0,0	6,3
QS zentral (62A, 62B, 62C)	0,0	10,2	2,1
Dublin (32A-F)	22,7	29,2	3,1

Soll in VZÄ (Stand: 15. Dezember 2024)			
	mD	gD	hD
Prozess zentral (61D, 61E)	10,0	7,0	21,9
QS zentral (62A, 62B, 62C)	8,0	35,0	8,5
Dublin (32A-F)	209,0	225,5	16,0

Personalplanung:

Für den Bereich Asyl und Widerrufs- und Rücknahmeverfahren sind beim BAMF aktuell 48 Vollzeitäquivalente (VZÄ) im mD (davon 47 unbefristet) und 326 VZÄ im gD (davon 201 unbefristet) in Ausschreibung. Für die Prozessführung sind aktuell 19 VZÄ im gD (davon sechs unbefristet) in Ausschreibung. Sechs VZÄ im gD sind für den Bereich der QS aktuell in Ausschreibung. Im Dublin-Bereich sind aktuell drei VZÄ im mD (davon eine unbefristet) und 50 VZÄ im gD (davon zwölf unbefristet) in Ausschreibung. Darüber hinaus hängt die zukünftige Personalplanung für den operativen Bereich maßgeblich von den künftigen Aufgabenschwerpunkten ab.

7. Wie viele Widerrufe eines Schutzstatus gegenüber jesidischen Flüchtlingen aus dem Irak bzw. aus Syrien (bitte, auch im Folgenden, differenzieren) gab es im Jahr 2023 bzw. im Jahr 2024 (bitte nach Herkunftsland, Geschlecht und Status differenzieren), gegen wie viele dieser Widerrufsbescheide gegenüber jesidischen Flüchtlingen aus dem Irak bzw. aus Syrien wurde Klage erhoben, wie viele Gerichtsentscheidungen liegen hierzu vor, und was kann über den Ausgang dieser Gerichtsverfahren gesagt werden (bitte nach Herkunftsland und Status differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Entscheidungen BAMF über Widerrufe jesidischer Asylantragstellender:

Syrien, -jesidische Religions- zugehörig- keit 2023	Angelegte Widerruf- sprüfver- fahren	Entscheidungen über Widerrufe und Rücknahmen					
		Gesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz	Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsver- bot	kein Widerruf/ keine Rücknahme
Gesamt	116	112	–	4	2	3	103
Männlich	61	73	–	4	2	1	66
Weiblich	55	39	–	–	–	2	37

Irak, jesidische Religions- zugehörig- keit 2023	Angelegte Widerruf- sprüfver- fahren	Entscheidungen über Widerrufe und Rücknahmen					
		Gesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz	Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsver- bot	kein Widerruf/ keine Rücknahme
Gesamt	986	1.069	–	66	9	5	989
Männlich	586	654	–	58	6	4	586
Weiblich	400	415	–	8	3	1	403

Syrien, -jesidische Religions- zugehörig- keit 2024	Angelegte Widerruf- sprüfver- fahren	Entscheidungen über Widerrufe und Rücknahmen					
		Gesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz	Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsver- bot	kein Widerruf/ keine Rücknah- me
Gesamt	110	333	–	5	1	–	327
Männlich	66	181	–	4	1	–	176
Weiblich	44	152	–	1	–	–	151

Irak, jesidische Religions- zugehörig- keit 2024	Angelegte Widerruf- sprüfver- fahren	Entscheidungen über Widerrufe und Rücknahmen					
		Gesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz	Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsver- bot	kein Widerruf/ keine Rücknah- me
Gesamt	827	3.797	–	92	6	3	3.696
Männlich	476	2.033	–	73	5	–	1.955
Weiblich	351	1.764	–	19	1	3	1.741

Entscheidungen der Verwaltungsgerichte über Widerrufe und Rücknahmen – jesidische Asylantragstellende:

2023	Klage eingelegt	Gerichtsentscheidungen über Widerrufe und Rücknahmen					
		insgesamt	Widerruf/ Rücknah- me Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlingsei- genschaft	Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz	kein Widerruf/ keine Rücknahme	Formelle Verfahrens- erledigungen
Syrien	2	27	1	19	2	1	4
Irak	57	163	–	76	6	13	68

2024	Klage eingelegt	Gerichtsentscheidungen über Widerrufe und Rücknahmen					
		insgesamt	Widerruf/ Rücknah- me Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlingsei- genschaft	Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz	kein Widerruf/ keine Rücknahme	Formelle Verfahrens- erledigungen
Syrien	5	13	–	1	4	–	8
Irak	58	135	–	64	4	11	56

8. Wie waren die Entscheidungen zu jesidischen Asylsuchenden aus dem Irak bzw. aus Syrien im Jahr 2023 bzw. im Jahr 2024 (bitte nach Herkunftsland und Status bzw. Ablehnungen bzw. formellen Entscheidungen und Geschlecht differenzieren und jeweils auch die bereinigte Schutzquote angeben)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Syrien, jesidische Religi- onszuge- hörigkeit 2023	Entscheidungen über Asylanträge							
	insge- sammt	Anerken- nung als Asylbe- rechtigt (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerken- nung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschie- bungsver- bot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnun- gen (unbe- gründet/ offens. un- begründet)	Sonstige Verfahrens- erledigun- gen	Schutz- quote ohne Berück- sichtigung formeller Entschei- dungen
Gesamt	444	1	117	286	7	1	32	99,8 %
männlich	256	1	64	170	4	1	16	99,6 %
weiblich	188	–	53	116	3	–	16	100,0 %

Irak, jesidische Religi- onszuge- hörigkeit 2023	Entscheidungen über Asylanträge							
	insge- sammt	Anerken- nung als Asylbe- rechtigt (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerken- nung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschie- bungsver- bot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnun- gen (unbe- gründet/ offens. un- begründet)	Sonstige Verfahrens- erledigun- gen	Schutz- quote ohne Berück- sichtigung formeller Entschei- dungen
Gesamt	3.397	5	1.274	46	255	1.384	433	53,3 %
männlich	1.851	2	654	18	103	787	287	49,7 %
weiblich	1.546	3	620	28	152	597	146	57,4 %

Syrien, jesidische Religi- onszuge- hörigkeit 2024	Entscheidungen über Asylanträge							Schutz- quote ohne Berück- sichtigung formeller Entschei- dungen
	insge- samt	Anerken- nung als Asylbe- rechtigt (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerken- nung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschie- bungsver- bot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnun- gen (unbe- gründet/ offens. un- begründet)	Sonstige Verfahrens- erledigun- gen	
Gesamt	341	–	64	220	1	1	55	99,7 %
männlich	210	–	32	136	1	1	40	99,4 %
weiblich	131	–	32	84	–	–	15	100,0 %

Irak, jesi- dische Religi- onszuge- hörigkeit 2024	Entscheidungen über Asylanträge							Schutz- quote ohne Berück- sichtigung formeller Entschei- dungen
	insge- samt	Anerken- nung als Asylbe- rechtigt (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerken- nung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschie- bungsver- bot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnun- gen (unbe- gründet/ offens. un- begründet)	Sonstige Verfahrens- erledigun- gen	
Gesamt	3.100	3	985	53	182	1.240	637	49,7 %
männlich	1.780	1	487	29	72	719	472	45,0 %
weiblich	1.320	2	498	24	110	521	165	54,9 %

9. Bei wie vielen jesidischen Flüchtlingen aus dem Irak bzw. aus Syrien (bitte differenzieren) war zuletzt eine Widerrufsprüfung anhängig oder mit welchem Ergebnis abgeschlossen (bitte so differenziert wie möglich darstellen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

	ENTSCHEIDUNGEN über Widerrufsprüfverfahren 01.01.–28.02.2025						Anhängige Widerrufsprüf- verfahren zum 28.02.2025
	Insgesamt	Widerruf/ Rücknah- me Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz	Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsver- bot	kein Wider- ruf/keine Rücknahme	
Irak	1.119	–	9	2	3	1.105	4.305
Syrien	82	–	–	–	–	82	476

10. Welche Überlegungen, Zeitpläne, Grundsätze oder konkreten Pläne oder Umsetzungshinweise usw. gibt es innerhalb des BMI bzw. des BAMF zu möglichen Widerrufsprüfungen in Bezug auf die Gruppe schutzbedürftiger Personen aus Syrien (bitte so detailliert wie möglich darlegen), und welche Überlegungen gibt es gegebenenfalls dazu, eine Vielzahl entsprechender langwieriger und aufwändiger Prüf- und gegebenenfalls Gerichtsverfahren durch eine politische Bleiberechtsregelung zu vermeiden (bitte begründet ausführen)?

Grundsätzlich ist ein Schutzstatus zwingend zu widerrufen, wenn dessen Voraussetzungen nicht mehr vorliegen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn sich die der Entscheidung zugrunde liegenden Tatsachen erheblich und dauerhaft geändert haben, sodass die Umstände, die zur Zuerkennung des Schutzstatus geführt haben, nicht mehr vorliegen.

Angesichts der volatilen Situation in Syrien können diese Anforderungen, welche sowohl auf Asylberechtigte, international Schutzberechtigte als auch auf Ausländer in Besitz eines Abschiebungsverbotes Anwendung finden, zum aktuellen Zeitpunkt nicht als erfüllt angesehen werden. Das BAMF monitort die Situation in Syrien kontinuierlich. Im Übrigen dauert die Prüfung im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) und BAMF an.

11. Wie ist der aktuelle Stand der disziplinarrechtlichen Ermittlungen in Bezug auf die ehemalige BAMF-Leiterin in Bremen (vgl. Antwort zu Frage 10 auf Bundestagsdrucksache 20/8592)?

Das Disziplinarverfahren dauert weiterhin an. Über konkrete Einzelheiten können aufgrund des Persönlichkeitsrechts Dritter keine Auskünfte erteilt werden.